

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache
19(17)157

Öffentliche Anhörung zum Thema „Menschenrechtslage in der Türkei“
Ausschuss für Menschenrecht und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, den 23. Juni 2021, 14:00-17:00

Schriftliche Stellungnahme zu den Fragen Nr. 7 und 8, die von den SPD-Mitgliedern des Ausschusses gestellt worden sind.

Frage Nr. 7

Der EU-Fortschrittsbericht formuliert harte Kritik an der Situation der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei und konstatiert diesbezüglich Besorgnis erregende Rückschritte. Wie beurteilen Sie die Rolle der Justiz und die richterliche Unabhängigkeit von der Exekutiven? Welche Auswirkungen hatten der fehlgeschlagene Putschversuch von Juli 2016 und die Einführung des Präsidialsystems 2017?

Die **Maßnahmen, die die Regierung im Anschluss auf den Putschversuch** vom 15. und 16. Juli 2016 getroffen hat, führten zur Suspendierung rechtsstaatlicher Verhältnisse, zur Aussetzung richterlicher Kontrolle von Verwaltungshandeln und als Folge dessen zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Die Aktionen der Regierung setzen außerdem einen Prozess in Gang, in dessen Verlauf die Justiz unter die Kontrolle der Exekutive geriet.

Das **2017 eingeführte Präsidialsystem** hat diese Zustände institutionalisiert und damit auf Dauer angelegt.

Bereits die **Erklärung des Ausnahmezustandes** am 21.7. 2016 kann als Bruch nationalen und internationalen Recht gewertet werden.

Regierung und Generalstab hatten bereits am 17.7.2016 bekanntgegeben, dass im ganzen Land die Kontrolle wiederhergestellt und die öffentliche Sicherheit garantiert sei.¹ Schließlich

- hatten ohne Ausnahme alle politischen Parteien den Putsch verurteilt
- wurde so gut wie keine öffentliche Unterstützung des Putsches registriert
- hatten sich Parteigänger der Regierung den Panzern entgegenstellt und zusammen mit der Polizei die Kontrolle des öffentlichen Raums übernommen
- hatten nicht nur die staatlichen, sondern auch die privaten Medien ausnahmslos den Verlautbarungen der Regierung Raum gegeben und sich mit ihr solidarisch gezeigt
- hatte die Polizei und die Geheimdienste geschlossen hinter der Regierung gestanden.²

¹Leiden Law Blog 12.9.2016 und DW 16.7.2016

²Anatomy of a Failure

Weil so am 20.7. 2021 keine aktuelle Gefährdung mehr geben war, widersprach die Einführung des Ausnahmezustandes³

- der türkischen Verfassung, die den Erlass des Ausnahmezustandes nur für den Fall von Naturkatastrophen oder der Abwendung einer unmittelbaren Gefahr für das Überleben der Nation vorsieht.
- dem Gesetz über die Einführung des Ausnahmezustand von 1983, das festlegt, dass Regelungen unter dem Ausnahmezustand verhältnismäßig und auf die entsprechende Zeit begrenzt werden müssen
- dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention.⁴

So forderten denn auch am 12.9. 2016 Menschenrechtsexperten der UN die Türkei auf, die von Ankara nach Artikel 4 des Internationalen Menschenrechtspaktes verkündete Aussetzung von bürgerlichen und politischen Freiheiten zurückzunehmen.⁵

Dessen ungeachtet wurde der Ausnahmezustand ganze zwei Jahre lang aufrechterhalten und erst am 19.7.2018 wieder aufgehoben. Sowohl das Referendum über die Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems als auch die letzten Parlaments- und Staatspräsidentenwahlen wurden unter Ausnahmezustandsbedingungen und den damit einhergehenden Behinderungen der Opposition abgehalten.

Die Maßnahmen der Regierung nach dem Putsch wurden nicht per Gesetz sondern **Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft nach dem Ausnahmezustandsrecht** umgesetzt. Sie unterlagen keiner Überprüfung durch das Verfassungsgericht und eventuell erfolgreiche Klagen gegen einzelne Verwaltungsakte hatten keine aufschiebende Wirkung, weshalb sie nicht Gegenstand effektiver richterlicher Kontrolle waren.

Die ersten acht dieser Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft wurden mit der Notwendigkeit begründet, gegen **Unterstützer der Putschisten und gegen Unterstützer von terroristischen Vereinigungen** vorzugehen. Mit letzterem sind primär kurdische Aktivisten und Militante gemeint, die den türkischen Staat seit mittlerweile fast vierzig Jahren herausfordern. Die Maßnahmen dienten also nicht nur der Abwehr von Putschisten, sondern waren mindestens in gleichem Maße darauf gerichtet, Staat und Regierung bei der Durchführung ihrer Anti-Terrorpolitik von rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Fesseln zu befreien.

Das zeigte sich deutlich, als nach Erlass des Ausnahmezustandes per Ausnahmezustandsverordnung 406 Akademiker⁶ ihre Arbeitsplätze an staatlichen und privaten Universitäten verloren, weil sie öffentlich gegen die Art der Kriegsführung der türkischen Armee in Zentren dicht besiedelter Städte in mehrheitlich kurdische besiedelten Regionen protestiert hatten.

³t24 Online 20.7.2016

⁴Leiden Law Blog 12.9.2016

⁵Offizielle UN-Website 12.9.2016 und Diken 13.6.2017

⁶<https://expressioninterrupted.com/tr/baris-akademisyenlerin-in-kisa-tarihi-hedef-gosterilme-ihrac-yargilama/>

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die Regelungen des Ausnahmezustandes für die Einschränkung der Rechte der Opposition und ihrer politischen Betätigung benutzt wurde, war im September 2016 der Entscheid des Innenministeriums – erneut ohne Gerichtsbeschluss – 90 der 102⁷ Bürgermeister, die über Listen der prokurdischen Partei HDP gewählt worden waren, ihrer Ämter zu entheben und sie durch von der Regierung bestimmte Treuhänder zu ersetzen.

Entsprechend richtete sich die in allen Bereichen der Bürokratie einsetzende Säuberung nicht nur gegen tatsächliche und vermeintliche Anhänger des Predigers Fethullah Gülen, der als Drahtzieher des Putsches galt, sondern umfasste weite Kreise der gesellschaftlichen und politischen Opposition wie kritische Akademiker, Beamte in Justiz und Polizei mit säkularer, liberaler oder linker Orientierung, sowie Angehörigen des Militärs mit pro-westlicher Ausrichtung.

Betroffene mussten neben der sofortigen Entfernung aus dem Dienst und langer Untersuchungshaft mit der Gefahr von Folter⁸ auch mit dem Verlust sozialer Rechte wie Rentenansprüche rechnen. In einer Unzahl von Fällen wurden Angehörige in Sippenhaft genommen, verloren ebenfalls ihre Stellen, sahen ihr Reisepässe annulliert und wurden Opfer sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. Insgesamt sollen zwischen Mitte Juli 2016 und Mitte November 2018 über 150 000 Personen⁹ aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden sein, diejenigen nicht mitgerechnet, die bei privaten Institutionen wie Universitäten, Schulen und Krankenhäusern arbeiteten, die nach dem Putsch entweder zwangsweise geschossen oder enteignet worden sind. Anhaltende Folgen der staatlichen Praktiken während des zwei Jahre währenden Ausnahmezustandes sind ein weit verbreitetes Gefühl mangelnder Rechtssicherheit, große Zweifel daran, dass staatliches Handeln regelbasiert, transparent und in Maßen vorhersehbar ist.

Auf die **Justiz** hatten das Vorgehen der Regierung ebenfalls große Auswirkungen.

Mit einer hastig vollzogenen Änderung des Gesetzes Nr. 6723¹⁰ wurden alle Richter des höchsten Verwaltungsgerichts (Staatsrat) sowie des Kassationsgerichtshofs nur acht Tage nach dem Staatsstreich ihrer Ämter enthoben. Zwei Tage später wurden 75 der 116 Richter des Staatsrats und 267 der 310 Richter des Kassationsgerichtshofs neu ernannt, und nur eine Minderheit der alten Richter behielt ihre Posten. Die Auswahl dieser insgesamt 342 neuen Richter durch den Hohen Rat für Richter und Staatsanwälte erfolgte innerhalb von nur vier Stunden¹¹, was die Vermutung nahelegt, dass der Rat vorbereitete Listen absegnete und die Regierung unter den Bedingungen des Ausnahmezustands in der Lage war, die Zusammensetzung der beiden nach dem Verfassungsgericht höchsten Gerichte ihren Vorstellungen entsprechend zu formen.

⁷<https://www.al-monitor.com/originals/2018/03/turkey-becoming-land-of-trustees.html>

⁸<https://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-36880689>, and

⁹<https://turkeypurge.com/>

¹⁰6723 Danıştay Kanunu ile Bazı Kanunlarda Değişiklik Yapılmasına Dair Kanun

¹¹Cumhuriyet 25 Temmuz 2016

Im April 2018 erklärte der Justizminister, dass im Rahmen der Säuberungen der Justiz circa 4 000 Richter und Staatsanwälte, mehr als ein Drittel dieser Berufsgruppe, entlassen und circa 7 000 Neueinstellungen vorgenommen worden seien.¹² Für Neueinstellungen wurden die Prüfungsanforderungen gesenkt, und nach Aussagen ehemaliger Richter wurden primär Parteigänger der Regierungspartei AKP und der rechtsradikalen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) rekrutiert.¹³ Als Folge von großflächigen Säuberungen und Neueinstellungen verfügen mindestens 45% der heute tätigen Richter nur über eine Berufserfahrung von höchstens drei bis vier Jahren.¹⁴ Dies und die überwiegend nationalistisch-konservative Zusammensetzung der Richterschaft erleichtern es der Regierung, die Entscheidungen der Gerichte in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Das am 16. April 2017 per Volksabstimmung eingeführte **Präsidialsystem** hat die gesamte Macht der Exekutive in der Person des Staatspräsidenten gebündelt und ihm außerdem die weitgehende Kontrolle der Judikative ermöglicht. Der Präsident kann jetzt auch Mitglied einer Partei sein, und Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan wurde umgehend erneut zum Vorsitzenden der Regierungspartei gewählt. Diese ist die stärkste Partei im Parlament und verfügt zusammen mit ihrem rechtsextremen Verbündeten über die absolute Mehrheit der Sitze. Das Zusammenspiel von Parlamentsmehrheit der AKP und MHP und dem Monopol des Präsidenten über die Exekutive gewährt Erdogan entscheidenden Einfluss auf die Besetzung des Rates der Richter und Staatsanwälte (HSK) und des Verfassungsgerichts (AYM).

Der **Rat der Richter und Staatsanwälte** bestimmt die Ernennung dieser Funktionsträger bei den Gerichten erster und zweiter Instanz, er ist zuständig für Disziplinarverfahren, und bestimmt auf Grund all dessen die Karrieren der Richterschaft. Der Rat regelt außerdem den Bezug von Sozialleistungen. Zwei der Mitglieder des 13köpfigen Rates sind per Amt der Justizminister und sein Stellvertreter, die im neuen politischen System beide vom Staatspräsidenten ohne Einfluss des Parlaments oder eines Kabinetts ernannt werden. Der Präsident ernennt darüber hinaus vier weitere Mitglieder des Rates. Die restlichen sieben bestimmt das Parlament¹⁵ – im letzten Wahlgang – mit einfacher Mehrheit, womit die vollständige Kontrolle der Regierung über die Zusammensetzung des Rates gesichert ist.

¹²<https://www.dunya.com/gundem/ yaklasik-4-bin-fetocu-hakim-savci-meslekten-ihrac-edildi- haberi-410349>

¹³Hilal Köylü; Cumhurbaşkanlığı Hükümet Sistemi: Yargıda 'Cumhur hukuku, DW 10.7.2022

¹⁴Special Report: How Turkey's courts turned on Erdogan foes, Reuters 4.5.2020

¹⁵Website des Staatsrates: <https://www.hsk.gov.tr/Hakkimizda.aspx>

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Besetzung der Richterposten am **Verfassungsgericht**. Zwölf seiner 15 Mitglieder bestimmt der Präsident. Vier davon bestimmt er ganz alleine. Die restlichen acht Richter wählt er aus Kandidaten aus, die vom Staatsrat (das höchste Verwaltungsgericht), dem Kassationsgerichtshof und dem Hochschulrat (YÖK) vorgeschlagen werden. Staatsrat und Kassationsgerichtshof wurden jedoch nach dem Putsch im Sinne der Regierung neu besetzt,¹⁶ und die Mitglieder des Hochschulrats bestimmt der Präsident,¹⁷ womit gewährleistet ist, dass von dort keine der Regierung nicht genehmen Kandidaten vorgeschlagen werden. Die verbleibenden drei Mitglieder des Gremiums wählt das Parlament – im letzten Wahlgang - mit einfacher Mehrheit.¹⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

Die Säuberungen in der Bürokratie und in der Justiz direkt nach dem fehlgeschlagen Putsch waren richterlicher Kontrolle entzogen und haben die Besetzung der Gerichte im Sinne der Regierung verändert.

Der Staatspräsident hat entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts und des Rats der Richter und Staatsanwälte.

Er kann über den Rat jederzeit Einflussnahme auf die Besetzung der Gerichte erster und zweiter Instanz ausüben und die Regierung hat die Möglichkeit direkt auf die Zusammensetzung von Kammern und dadurch auf die aktuelle Urteilsfindung einzuwirken.

All dies macht es unmöglich, davon zu sprechen, dass die Unabhängigkeit der Justiz von der Regierung gewährleistet sei.

¹⁶Siehe oben und Osman Can; Der Antrag auf das Verbot der prokurdischen HDP beim türkischen Verfassungsgericht, SWP-Aktuell 2021, S. 2.

¹⁷Hilal Köylü; Cumhurbaşkanlığı Hükümet Sistemi: Yargıda 'Cumhur hukuku', DW 10.7.2022

¹⁸Website des Verfassungsgerichts: <https://www.anayasa.gov.tr/tr/mahkeme/yapisi/uyelerin-secimi/>

Frage Nr. 8

Wie beeinflusst die Instrumentalisierung der Justiz den politischen Prozess und den Spielraum der Opposition? Wie beurteilen Sie den Umgang der Türkei mit den Entscheidungen des EGMR und die Entwicklung der Terrorgesetzgebung?

Die politische Instrumentalisierung der Justiz und die Auswirkungen, die sie auf den Spielraum und den politischen Prozess insgesamt hat, lassen sich musterhaft am **Beispiel des Antrags auf das Verbot der prokurdischen HDP** aufzeigen, den der Generalstaatsanwalt erstmals am 2. März 2021 beim türkischen Verfassungsgericht eingereicht hat.¹⁹

Der Generalstaatsanwalt handelte ganz offensichtlich **auf Anweisung der Regierung**, der ein Verbot der Partei gerade jetzt gelegen kommt. Losgetreten hat die Entwicklung der rechtsextreme Bündnispartner Erdogans, Devlet Bahçeli, Vorsitzender der Partei der Nationalisten Bewegung (MHP). Er forderte am 11. Dezember 2020 öffentlich die Aufnahme der Ermittlungen gegen die HDP mit dem Ziel die Partei zu verbieten, auf dass prokurdische Parteien ein für alle Mal aus der Politik verbannt würden.²⁰ In der Bevölkerung verliert das Bündnis aus AKP und MHP kontinuierlich an Rückhalt.²¹ Gegen die vereinte Opposition aus rechts- und linksnationalen Parteien hat das Regierungsbündnis bei der nächsten Wahl nur dann eine Chance, wenn die HDP ihre Wähler nicht erneut dazu aufrufen kann, geschossen für die Opposition zu stimmen. Dies war bei den Kommunalwahlen 2019 der Fall gewesen, bei denen die Regierung die Zentren des Landes, Istanbul und Ankara, verlor.

Verfassungswidriges Handeln der HDP hat den Verbotsantrag jedenfalls nicht ausgelöst. Steuert die Partei doch besonders in den letzten Jahren einen moderaten Kurs, was sich auch daran zeigt, dass sie die türkisch-nationale Opposition unterstützt, deren gemeinsame Forderung die Rückkehr zum Parlamentarismus und zu demokratischen Verhältnissen ist. In dieses Bild passt auch, dass der Großteil der Äußerungen und Aktionen der HDP, die in der Anklageschrift als Gründe für ein Verbot angeführt werden, nicht aus den letzten Jahren stammt, sondern aus den Jahren zwischen 2013 und 2015. Damals führte die Regierung Friedensverhandlungen mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und nutzte Politiker der HDP als Vermittler. Zwar eskalierte die Lage nach dem Abbruch der Verhandlungen, doch ein Verbot der Partei ist damals nicht erwogen worden.

Ein letzter Hinweis darauf, dass der Staatsanwalt auf Wink der Regierung tätig wurde, ist die **Anklageschrift** selbst, die den Eindruck macht, äußerst überhastet aufgesetzt worden zu sein. Die Anklageschrift bemüht sich nicht darum, der HDP als Partei die **Anwendung von Gewalt oder die Billigung von Gewalt** nachzuweisen. Um die Partei der **Unterstützung des Terrorismus** bezichtigen zu können, wird die Parallelität von politischen Forderungen der PKK und der HDP angeführt, etwa wenn beide Organisationen die Unterrichtung kurdischer Kinder in ihrer Muttersprache fordern.

¹⁹Sie dazu ausführlich: Osman Can; Der Antrag auf das Verbot der prokurdischen HDP beim türkischen Verfassungsgericht, SWP-Aktuell 2021

²⁰Siehe die türkische Tagespresse vom 11.12.2020.

²¹Siehe dazu S. Adar/G. Seufert, Turkey's presidential system after two and a half years, SWP, Berlin 2021.

Hinsichtlich einer direkten Verbindung zwischen der PKK und der HDP „... beschränkt sich, was als Beweis vorgelegt wird, in der Regel auf **reine Annahmen, fragwürdige Konstruktion, vage Formulierungen**“.²² Insgesamt ist die Anklageschrift von so **minderer Qualität**, dass das Verfassungsgericht sie am 31. März aus verfahrensrechtlichen Gründen zurückgewiesen hat.

Der Vorsitzende der MHP forderte daraufhin nicht weniger als die **Abschaffung des Verfassungsgerichts**.²³ Bahçeli **nahm das endgültige Urteil des Gerichts vorweg** und befand, die HDP sei zum Zentrum politischer Aktivitäten geworden, die sich gegen das Verfassungsprinzip der „unteilbaren Einheit von Staatsvolk und Staatsgebiet“ richteten und sie sei deshalb sofort zu verbieten. Verfahrensfehler könnten kein „Vorwand“ dafür sein, es der HDP zu erlauben, Zeit zu gewinnen. Die Formulierung zeigt, dass der Vorsitzende der rechtsextremen Partei eine Zurückweisung des Verbotsantrags für vollkommen ausgeschlossen hält. Weil es hier um die Frage des „**nationalen Überlebens**“ und um die Abwehr von Plänen fremder Mächte, die Türkei zu besetzen, gehe, sei **die Entscheidung des Gerichts in den Augen der Nation ohne jeden Wert**.²⁴

Am 6. Juni reichte der Generalstaatsanwalt eine überarbeitete Version der Anklageschrift ein.

Exemplarisch ist der Vorgang deshalb, weil in ihm eine Reihe von Grundzügen der Politisierung der Justiz durch die Regierung und der dabei angewandten Techniken hervortreten.

Das ist zum ersten die „**Kriminalisierung der Opposition**“, die sich nicht mehr auf kurdische Aktivistinnen und die HDP beschränkt. Längst richtet sie sich auch sowohl gegen führende Kader als auch gegen einfache Parteimitglieder der säkularen Oppositionsführerin (CHP). Dies geschieht in einem Ausmaße, das einen Kolumnisten fragen lässt, ob nicht mittlerweile politische Betätigung generell verboten ist.²⁵

So wurden öffentliche Aktionen der im Grunde staatstragenden CHP wie die Kritik an Strompreiserhöhungen, die Forderung nach Transparenz in der Finanzpolitik und Druck auf die AKP, deren früheres Verhältnis zur Bewegung des Prediger Fethullah Gülen, der in der Türkei als Drahtzieher des versuchten Militärputsches gilt, offenzulegen, zum Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen. Der Vorwurf lautet auf „Beleidigung des Staatspräsidenten“ und „Aufhetzung eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen.“ Doch damit nicht genug, im Rahmen der verschiedenen Ermittlungen begannen gleichzeitig Verfahren zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität der beschuldigten Abgeordneten.

²²Osman Can, a.a.O. S. 5.

²³Siehe dazu und zum Folgenden: Bahçeli ıhtayı iyice yükseltti: HDP gibi AYM de kapatılmadı! Nachrichtenwebsite Diken vom 31/03/2021.

²⁴Wörtlich: milli vicdanında hükümsüz“ = für das nationale Gewissen ohne Gültigkeit

²⁵Dazu und zum Folgenden: Mehmet Y. Yılmaz, Siyaset yapmak artık yasak mı olacak? Nachrichtenwebsite T24, 20.4.2021

Wie sehr die **Kriminalisierung der Opposition auch die Arbeit des Parlaments beeinträchtigt**, zeigt sich daran, dass Stand Ende Februar 2021 nahezu 20 Prozent (185 von 600) der Abgeordneten mit der Aufhebung ihrer Immunität bedroht waren, hat die Staatsanwaltschaft doch entsprechende Anträge an den Parlamentspräsidenten weitergeleitet hat, die jener zur Abstimmung vorlegen kann. 165 dieser Fälle richten sich gegen die Abgeordneten der Opposition, 20 gegen Abgeordnete des Regierungsbündnisses.²⁶

Da ist zweitens die **extensive Anwendung einer gesetzlichen Definition von Terror, die von den Gerichten nahezu beliebig ausgelegt** wird.

Paragraph 1 des türkischen Antiterror-Gesetzes (TMK)²⁷ definiert „Terror“ in äußerst dehnbarer Weise. So braucht es für ein Terrorverbrechen nicht die Anwendung von „Zwang“ oder „Gewalt“. Ausreichend sind bereits das Hervorrufen von „Verängstigung, Einschüchterung und Drohung“, womit ein weiterer Raum für Interpretationen geöffnet wird. Als Terrorverbrechen gelten solche Handlungen dann, wenn sie auf die Veränderung von Eigenschaften des türkischen Staates gerichtet sind. Nach dem Paragraphen 1 sind Terrorverbrechen insbesondere Handlungen, die die „unteilbare Einheit des Staates mit seiner Nation zu gefährden“, „die innere und äußere Sicherheit des Staates beschädigen“ und ganz allgemein „die Autorität des Staates zu schwächen“. In allen diesen Fällen, heißt es im Gesetz, „ist jegliches Vergehen ein Terrorakt“.

Genau in diesem weiten Sinne findet das Antiterrorgesetz Anwendung. **Jegliche politische Aktivität, die sich nach Meinung der Regierung auf solche Ziele richtet, kann nach dem Antiterrorgesetz bestraft werden.** Entsprechende Nachrichten sind regelmäßig in der Presse zu lesen. Beispiele dafür finden sich in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. So wurde im März 2021 der HDP-Abgeordnete und Menschenrechtsaktivist Ömer Gergerlioglu aus dem Parlament heraus verhaftet. Er hatte eine in den Medien veröffentlichte Nachricht per Twitter weiter verbreitet und wird deshalb der „Unterstützung einer Terrororganisation“ beschuldigt.²⁸ Im Mai 2021 wird in Antalya eine Passantin durch Angehörige der Antiterror-Abteilung der Polizei festgenommen. Die Frau hatte einem Reporter auf der Straße gegenüber die Regierung kritisiert.²⁹ Und im Dezember 2020 wurde der mittlerweile in Deutschland lebende Journalist Can Dündar wegen „Spionage“ und der „Unterstützung einer bewaffneten Terrororganisation“ zu mehr als 27 Jahren Haft verurteilt. Er hatte eine bereits publizierte Nachricht erneut veröffentlicht.³⁰

Mit der extensiven Anwendung des Antiterrorgesetzes einher, geht die fast beliebige **Beschuldigung der Opposition, sie würden dem Terror und Terrororganisationen nicht entschlossen genug entgegenzutreten** oder noch schlimmer, **mit Terrororganisationen zusammenarbeiten**. Im Mittelpunkt dieser Propaganda steht die Republikanische Volkspartei die nach dem erfolglosen Putschversuch der Unterstützung der Gülen-Bewegung beschuldigt wurde, welche ab diesem Zeitpunkt Fethullah Gülen-

²⁶Meclis'teki fezleke sayısı 1336'ya ulaştı, Website des Staatsfernsehens TRT vom 27.2.2021

²⁷Gesetz Nr. 3713 vom 12.4.1991 in der Fassung vom 15.4.2020 abrufbar im Internet

²⁸Henry Barkey, How Erdogan turned the Turkish courts into a political weapon, The Washington Post 14.4.2021

²⁹Mehmet Y. Yılmaz, Hâlâ Suriye'den daha iyiz, Nachrichtenwebsite T24 20.5.2021

³⁰<https://bianet.org/bianet/ifade-ozgurlugu/236484-can-dundar-a-27-yil-6-ay-hapis-cezasi>

Terrororganisation (FETÖ) genannt wurde. Doch seit die CHP mit der rechtsnationalen Guten Partei (IyiP) ein strategisches Wahlbündnis eingegangen ist, das bei den Kommunalwahlen 2019 auch die Stimmen von HDP-Wählern erhielt, konzentriert sich die Propaganda der Regierung darauf, die CHP der Zusammenarbeit mit der HDP zu bezichtigen, die HDP mit einer Terrororganisation gleichzusetzen und so das Oppositionsbündnis zu spalten.³¹ Hier wird deutlich, wie die politische Strafverfahren nach dem Antiterrorgesetz und die Regierungspropaganda Hand in Hand gehen und den politischen Bewegungsspielraum der Opposition beschränken.

Der oben genannte Fall Dündar weist ein weiteres Element der Einflussnahme der Regierung auf die Justiz auf, das auch im Verbotsverfahren gegen die HDP deutlich geworden ist: **die öffentliche Schelte von Richtern und Gerichten**, welche den Wünschen der Regierung nicht umgehend entsprechen. So wie der MHP-Vorsitzende Bahçeli kritisiert auch AKP-Chef Erdogan öffentlich Gerichtsentscheidungen, die seinen Erwartungen zuwiderlaufen, und wie Bahçeli **zeigt sich auch Erdogan dahingehend sicher, dass die Gerichte früher oder später in seinem Sinne entscheiden werden**. So hat der Präsident 2016 auf die damals vom Verfassungsgericht angeordnete Freilassung Dündars mit den Worten reagiert: „Ich habe keine Achtung vor diesem Urteil. Und ich werde mich nicht daran halten.“³²

Erdogans damalige Schelte bereitete den Boden dafür, dass im Januar 2018 die 26. Strafkammer Istanbul **ein Urteil des Verfassungsgerichts ignorierte**, wonach inhaftierte Schriftsteller und Journalisten freizusetzen waren. Stattdessen ordnete die Strafkammer an, die Haft fortzuführen. Weder der Justizminister noch der offizielle Rat der Richter und Staatsanwälte wandten sich dagegen, dass damit die **Hierarchie der Gerichte umgestoßen** und jeglicher Rechtssicherheit der Boden entzogen wurde.³³ Im Oktober desselben Jahres zeigte sich Erdogan bei einem Staatsbesuch in Berlin sicher, dass sich Dündar längst wieder in Haft befände wenn er sich in der Türkei aufhalten würde. Kein türkisches Gericht hatte damals ein entsprechendes Urteil gefällt. Das geschah erst – siehe oben – im Dezember 2020.

Wenn der Staatspräsident öffentlich erklärt, Urteile des Verfassungsgerichts nicht umzusetzen und sein Bündnispartner – Devlet Bahçeli von der MHP – das Verfassungsgericht des eigenen Landes beschuldigt, Urteile zu fällen, die dem „Gewissen der Nation zuwiderlaufen“, kann **die Zurückweisung von Urteilen der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte** durch den Staatspräsidenten nicht überraschen. Am 6. Januar 2021 erklärte Erdogan zum Urteil des EGMR, das auf die sofortige Freilassung des früheren Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtas lautete, Demirtas sei **„in den Augen unserer Nation schuldig“**.³⁴ Trotz des in dieser Frage eindeutigen Artikels der türkischen Verfassung mit der Nummer 90 hat mittlerweile in der Türkei eine Debatte darüber eingesetzt, ob Urteile des EGMR bindend sind oder nicht³⁵, weshalb mit weiteren solchen Fällen zu rechnen ist.

³¹Vgl. dazu: <https://www.cumhuriyet.com.tr/haber/erdogan-chpyi-hedef-aldi-teskilatlarinizi-terror-orgutuyle-doldurmanin-hesabini-vereceksiniz-1797923>

³²https://www.bbc.com/turkce/haberler/2016/02/160228_erdogan_dundar_aym

³³<http://www.diken.com.tr/avukat-cinmen-avrasyacilar-yargiyi-ele-geciryor-bunlar-hukumeti-de-yargilar/>

³⁴https://www.sozcu.com.tr/2020/gundem/son-dakika-erdogandan-aihme-demirtas-tepkisi-6179723/?utm_source=ilgili_haber&utm_medium=free&utm_campaign=ilgilihaber

³⁵<https://www.sozcu.com.tr/2020/gundem/aihm-kararlari-turkiye-icin-ne-ifade-ediyor-6184017/>

Abschließende Wertung:

Die Maßnahmen der Regierung nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch und der Übergang zu einem Präsidialsystem, das nicht nur die gesamte Macht der Exekutive in einer Person vereint, sondern die Gewaltenteilung aufhebt, bilden den **institutionellen und politischen Hintergrund** für den dramatischen Rückbau des Rechtsstaats in der Türkei mit verheerenden Auswirkungen auf die Achtung der politischen Rechte und der Menschenrechte.

Die Instrumentalisierung der Justiz durch die Regierung bedroht nicht nur die Rechte des Einzelnen. Sie verengt dramatisch den Raum für legales politisches Handeln, beschneidet die Rechte jeglicher politischer und gesellschaftlicher Opposition, und schließt Kanäle effektiver politischer Partizipation.

Berlin 17.6.2021

Günter Seufert